

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. Riesner
Verlag: R. Riesner & Co., Leipzig

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen bestellbarerweise bestimmte Blatt.

Postfachnummer: Dresden 1530, Riesa Nr. 52

Nr. 140.

Freitag, 19. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuths-Str. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübnermann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die teure Krise

Berlin, 19. Juni.

Auf einer Funktionärsversammlung der Christlichen Gewerkschaften Berlins sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über den Kampf um die Notverordnung. Vor Erlass der Notverordnung konnte die Reichsregierung keine klare Sprache darüber führen, da sonst eine Panikstimmung und restlose Zerklüftung der Kredite eingetreten wäre. Die ausländischen Kreditgeber hätten nach dem Beschluß der Deutschen Volkspartei, daß der Reichstag einzuberufen sei, in kurzer Zeit rund eine Milliarde Reichsmark an Devisen abgezogen. Darauf seien Kreditfälligkeiten in Höhe von 2 1/2 bis 3 Milliarden Reichsmark erfolgt. Der notwendige Deckungskredit, der mit den Banken schon vereinbart war, habe in Gefahr gestanden, weil die Banken erklärten, nicht mehr imstande zu sein, den in Aussicht gestellten Betrag aufzutreiben. Angesichts dieser Gefahren habe die Reichsregierung auf ihrem Beleggebungswert bestehen müssen und die Einberufung des Reichstages oder des Haushaltsausschusses als gleichbedeutend mit ihrem Rücktritt erklären müssen, denn der gegenwärtige Reichstag sei zwar fähig, die Notverordnung und damit den ausgeglichenen Etat zu beschließen, aber nicht fähig, an Stelle der Notverordnung etwas Besseres zu setzen. Die von der Reichsregierung geforderten Opfer seien hart, aber Staat und Wirtschaft Deutschlands seien schwer krank und keine Regierung käme um ein hartes Eingreifen herum. Durchgreifend könne die Notverordnung kaum geändert werden. Der Minister hoffe und erwarte aber, daß die Stunde wiederkommen werde, wo auf festem Boden in Staat und Wirtschaft weitergekämpft werden könne.

Ender gescheitert

Wien, 19. Juni.

Die vom früheren Bundeskanzler Dr. Ender gestellten Forderungen nach außerordentlichen Vollmachten blieben am Donnerstag den Gegenstand der Beratungen in den einzelnen Klubs des Parlamentes. Gegen Abend wurde bekannt, daß sich der sozialdemokratische Klub gegen diese Forderungen ausgesprochen habe. Die Bemühungen Dr. Enders um die Bildung einer neuen Regierung gelten damit in parlamentarischen Kreisen als gescheitert.

Nachdem die Sozialdemokratische Partei das Programm des Bundeskanzlers Dr. Ender abgelehnt hat, sind vom Bundespräsidenten Miklas neue Besprechungen eingeleitet worden, mit dem Ziele, ein neues Ministerium auf neuer Grundlage zu bilden. Er empfing zunächst führende Mitglieder der Christlich-Sozialen Partei, darauf Dr. Seipel und den aus Graz herbeigerufenen früheren Präsidenten des Nationalrats Dr. Gurtler. Diese Besprechungen schlossen mit dem Empfang des jetzigen sozialdemokratischen Präsidenten des Nationalrats Dr. Renner durch den Bundespräsidenten ab.

Betraung Dr. Seipels mit der Kabinettsbildung.

Wien, (Funkpruch.) Der Bundespräsident hat den Abgeordneten Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel mit der Bildung der Regierung betraut. Dr. Seipel hat die Betraung angenommen und wird sofort die Verhandlungen mit allen Parteien aufnehmen. Die Bildung der neuen Regierung wird heute abend erfolgen.

Keine Einladung zu einer Reichsreformkonferenz

München, 19. Juni.

Pressemeldungen kündigten an, daß Reichsminister Dr. Brüning die Ministerpräsidenten der Länder für die erste Juliwoche zu einer Besprechung über einen Reichsreformgesetzentwurf eingeladen habe. Eine solche Einladung ist, wie wir zuverlässig erfahren, nicht erfolgt; sie wird auch nicht erfolgen. Alle Nachrichten der letzten Tage von einer bevorstehenden Reichsreform sind nach Erkundigungen an maßgebender Stelle falsch.

Salfche Behauptungen über die morgige Kabinettsbildung.

Berlin, (Funkpruch.) Die Behauptung einer politischen Korrespondenz, die morgige Kabinettsbildung werde sich mit der Frage einer Umbildung des Kabinetts beschäftigen, in diesem Zusammenhang sei auch ein Beschluß im Staatssekretariat des Reichsfinanzministeriums geplant, ist, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, unzutreffend. In der morgigen Kabinettsbildung werden lediglich laufende Personalfragen besprochen werden. Es handelt sich dabei aber ausschließlich um die Befugung freierwerbender Ministerialratsstellen und anderer hoher Beamtenstellen.

Der englische Gegenbesuch in Berlin Mitte Juli.

London. Die Reuters erfährt, werden Premierminister MacDonald und Außenminister Henderson am 17. Juli zu ihrem Gegenbesuch in Berlin eintreffen.

Berlin. Von unterrichteter Seite wird die Londoner Meldung über den Berliner Besuch MacDonalds und Hendersons bestätigt, und zwar sind für den Aufenthalt drei Tage, der 17., 18. und 19. Juli, vorgesehen. Die englischen Gäste dürften also voraussichtlich Freitag früh in Berlin eintreffen und am darauffolgenden Sonntag abend oder Montag früh zurückreisen.

In Berliner politischen Kreisen wird es herablich begrüßt, daß der Besuch, den man in der Öffentlichkeit vielfach erst im Herbst für möglich hielt, nun doch schon in vier

Wochen erfolgen soll und daß daran nicht nur der englische Außenminister, sondern auch MacDonald selbst beteiligt sein wird. Ebenso wie vor dem Besuch der deutschen Minister in England muß auch heute davor gewarnt werden, von der neuen Zusammenkunft außerordentliche Ergebnisse zu erwarten. Das Berliner Besuchen ist das natürliche Gegenstück zu Chequers. Es bietet Gelegenheit, die dort begonnene freundliche und freimütige Aussprache schon nach sechs Wochen fortzusetzen. Sie wird so zwanglos sein wie damals und alle Fragen umfassen, die die beiden Länder und ihre Verhältnisse zu dem übrigen Europa betreffen. Es ist selbstverständlich, daß man sich dabei auch darüber aussprechen wird, wie sich die Situation seit Chequers entwickelt hat.

Eine Ausgabenföpfung von 3 Milliarden notwendig.

Tagung des Hansa-Bundes.

Direktor Mosch über Notprogramm der Reichsregierung und Wirtschaft.

Bremen. In der am Donnerstag vormittag fortgesetzten Tagung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Hansa-Bundes hielt der Direktor des Hansa-Bundes, Mosch, einen Vortrag über

„Notprogramm der Reichsregierung und Wirtschaft“.

Er führte unter anderem aus: Es gebe in Deutschland kaum noch einen sich verantwortlich fühlenden Staatsbürger, der nicht die gegenwärtige Notverordnung ablehne. Wenn man jetzt den Versuch mache, durch Umgruppierung und Erhöhung der Einnahmen die Finanzen zu sanieren, so gehe man dabei völlig an der Tatsache vorbei, daß der Schwund an neuer Kraft sich in einem viel schnelleren Tempo vollziehe, als alles, was man bisher an Ausgabenföpfung bei der öffentlichen Hand getätigt habe. Wenn von Monat zu Monat in progressiver Steigerung das Verlangen der Staatseinkasse zunehme, so bleibe nichts anderes übrig, als einen ganz radikalen Schnitt in die öffentlichen Ausgaben zu tun. Ohne diesen Schnitt würden in dem kommenden Winter Staat und Wirtschaft in der unmittelbaren Gefahr des Bankrotts im volkswirtschaftlichen Chaos stehen.

Der Redner verlangte eine Ausgabenföpfung von 3 Milliarden Mark. Sie sei praktisch durchführbar, wenn

der ernsthafte und absolute Wille und die absolute sichere Erkenntnis der heutigen Lage eine solche Aktion leite. Die entscheidende Aufgabe liege darin, den deutschen Geld- und Kapitalmarkt von dem zusätzlichen Druck zu befreien, der durch die starken schwebenden Schulden der öffentlichen Hand ausgelöst wird.

Nachdem sich der Redner mit Lohn- und Preispolitik beschäftigt hatte, kam er auf das Reparationsproblem zu sprechen. Es wird schwer sein, in der gegenwärtigen Lage die Reparationsverhandlungen zu führen, da die Not so groß sei, daß wir jedes politisch bedingte Risiko von außen scheuen müßten, weil wir nicht wüßten, wie wir sonst den Zusammenbruch des Kreditwesens und der öffentlichen Hand aufhalten könnten. Es handle sich darum, nicht nur Deutschland, sondern die Weltwirtschaft durch Erleichterung der Trübsal und der interalliierten Kriegsschulden zu befreien. Deutschland müsse seine Reparationsverhandlungen mit Erfolg führen und der Welt klar machen können, daß die Schäden der Kriegsschuldenregelung und der Tribute für diejenigen, die sie in Empfang nehmen, größer sind als die Schäden, die Deutschland dadurch erleide.

Dr. Biermann vom Verein Deutscher Kreditoren sprach hierauf über die Sozialisationspolitik der Reichsbahn, wobei er den Schenker-Vertrag hart kritisierte.

Abschluß des 250-Millionen-Kredit.

Die Verhandlungen über Gewährung eines Kredites von 250 Millionen RM. an das Reich sind abgeschlossen. Es handelt sich um einen reinen Kassenkredit, dessen Abdeckung durch die normalen Einnahmen sowie durch die auf Grund der Notverordnung zu erwartenden Ersparnisse und Eingänge sichergestellt ist. Die Auszahlung des Kredites erfolgt teils im Juni, teils im Juli. Ueber den empfangenen Betrag werden Schahanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit ausgestellt, die bei Fälligkeit bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1931 verlängert werden können. Für die Zinsberechnung bildet der jeweilige Reichsbankdiskont zum Zeitpunkt der Auszahlung die Grundlage.

Schlägerei im Thüringischen Landtag.

Weimar, (Funkpruch.) Im Landtag kam es heute abends zum Tumult. Als der Abg. Sander (NSDAP.) zum kommunistischen Auflösungsantrag sprach, rief ihm der sozialdemokratische Abg. Gründer mehrere Bemerkungen zu, die Sander als Beleidigungen ansah. Er verließ das Rednerpult und forderte Gründer auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Während dieser Auseinandersetzungen gruppierten sich Abgeordnete der verschiedenen Parteien um die Streitenden. Der Abgeordnete Papenbrock (NSDAP.) verfecht Gründer von hinten einen Faustschlag ins Gesicht, worauf mehrere Abgeordnete Stühle und Fußbänke ergriffen. Nach einer Viertelstunde war der Saal geräumt und der Reliektentrat trat zu einer Sitzung zusammen.

Kommunistischer Auflösungsantrag im Thüringischen Landtag abgelehnt.

Weimar, (Funkpruch.) Der Landtag von Thüringen lehnte heute gegen die Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen den kommunistischen

Antrag auf Landtagsauflösung ab. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Die anderen Parteien stimmten gegen den Antrag. Wegen der häufigen Tumulte verhängte der Reliektentrat gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Papenbrock die schwerste zulässige Strafe, nämlich zwanzig Tage Ausschluß und gegen den Abg. Sander, ebenfalls Nationalsozialist, drei Tage Ausschluß.

Die Vorbereitung des Reparationsfortschrittes.

Nachdem die Reichsregierung durch die Entschleunigung vom Dienstag wieder einigermaßen politische Handlungsfreiheit erlangt hat, sind in einem Teil der Presse erneut Bestandsnahmen angestellt, daß in naher Zeit das Transferratorium erklärt würde, als erster Schritt der angeforderten Aktion zur Aufrechterhaltung der Reparationsfrage. Wir glauben dem gegenüber zuverlässig zu wissen, daß die Regierung, d. h. der Reichsminister und die zunächst interessierten Kreise, sich noch keineswegs einseitig auf einen bestimmten Schritt festgelegt haben; sie werden ihre Entscheidung erst treffen, wenn sie sich über die Aussichten der verschiedenen Möglichkeiten nach allen Seiten hin genügend unterrichtet haben. Diesem Zweck dienen u. a. die Besprechungen mit den zur Zeit in Berlin weilenden oder für die nächsten Tage erwarteten Völkern bei den Hauptgläubigerstaaten. Noch wichtiger werden aber die Unterhaltungen mit den amerikanischen Staatsmännern sein, die in den nächsten Wochen bevorstehen, dem Schatzsekretär Mellon, der bereits in London eingetroffen ist, und dem Staatssekretär des auswärtigen, Stimson, der am 21. Juli nach Berlin kommen wird. Der deutsche Völkler in Washington, von Britton und Gaffron, wird die zu Stimson's Anwesen sein Berliner Aufenthalt ausdehnen.

Sollte sich die Erklärung des Transferratoriums nicht vermeiden lassen, obwohl die Absichten der Reichsregierung auf eine umfassende Aktion gehen, so würde man wohl auch damit warten, bis die Besuche der amerikanischen Staatsmänner die Möglichkeit gegeben haben, die Vertreter des Hauptgläubigerlandes über die gesamten Zusammenhänge zu unterrichten und so den notwendigen Schritt auch nach dieser Seite hin vorzubereiten.